

deutsch-französischen Einigung entgegenzustemmen versuchen. Aber nichts bürgt dafür, daß nicht doch jemand eine Zustimmung von gewissen Bedingungen oder Privilegien abhängig machen wird... Wenn übrigens Frankreich das Saargebiet an Deutschland zurückstehen zu lassen entschlossen scheint, und zwar mit oder ohne Plebisit, so wird ihm die vorzeitige Rückkehr einige wirtschaftliche Vorteile wert erscheinen lassen."

Hier kommt allzusehr eine gewisse Völkerbundsauffassung zum Vorschein. Wer ist denn dieser Gewisse, der sich Bedingungen oder Privilegien vorbehält? Das „Journal de Genève“ spricht es zwar nicht aus, aber wir glauben zu wissen, daß damit ein Teil der englischen Schwerindustrie gemeint ist. Das Interesse einiger englischer Lords am Saargebiet war von jeher nicht nur rein ideal, sondern sehr real! Es wäre gut, wenn sich in Deutschland in erster Linie die amtlichen Stellen keinem allzugroßen Optimismus hingäben! Es sprechen viele Anzeichen dafür, daß die gesamte Haltung der französischen Oeffentlichkeit nur Taktik ist, dazu bestimmt, in erster Linie einmal Zeit zu gewinnen, um dann auf Grund dieses Zeitgewinnes einigermaßen Verwirrung zu schaffen, und mittels dieser Verwirrung die Autonomie des Gebietes vorzubereiten! Es ist uns genau bekannt, daß man in gewissen Kreisen Anweisung gegeben hat, die Möglichkeit der Saarautonomie mittels aufzustellender Statistiken nachzuweisen!

Wer die große internationale Presse der letzten Wochen genau verfolgt hat, wird festgestellt haben, daß eine Verschiebung der Gesichtslage zu schaffen versucht wird. Obwohl das Saarstatut ausdrücklich den „Schulden- und Lastenstreit“ Eigentumsübergang der Saargruben an Frankreich „als Ertrag für die Sicherung der Kohlengruben in Nordfrankreich“ (Art. 40 Vers. 2. Art.) bezeichnet wird, wird neuerdings versucht, das gesamte Saarproblem als ein rein wirtschaftliches, allgemeines zwischen Frankreich und Deutschland schwappendes hinzustellen. Dieser Ansicht muß entschieden entgegengetreten werden. Der Übergang der Saargruben als Ertrag für die zerstörten französischen Kohlengruben ist ziellich bedingt und hat den sittlichen Charakter einer Restitution. Keinesfalls sollte das Saargebiet als eine Domäne des internationalen Kapitalismus unter Völkerbundsgesetz gestempelt werden! Nicht das Saarland ist durch den Versailler Vertrag Frankreich zu Ausbeutung und Erzielung von möglichst vielen Gewinnen übergeben worden, sondern nur die Kohlengruben! Frankreich will durch die Herabsetzung seiner wirtschaftlichen Interessen im Saargebiet eine über den Versailler Vertrag hinausgehende zusätzliche Garantie für seine kapitalistischen Interessen. Das muß von Deutschland auf der ganzen Linie abgelehnt werden.

Stresemann befindet sich in einer ganz gefährlichen Situation hinsichtlich der Saarfrage. Das französische Manöver ist nicht schwer zu durchschauen: Verwirrung der internationalen Oeffentlichkeit, Verschiebung der Grundsätze des Saarstatuts! Erfolge hat diese Propaganda bereits genug zu verzeichnen. Sie treten besonders in den „Luzerner Neuenen Nachrichten“ (Nr. 137 und 145 vom 12. und 21. Juni) hervor. Die Argumente der französischen Propaganda werden hier gänzlich übernommen und z. B. davon gesprochen, daß der „Ertrag der Saargruben als Ertrag für die zerstörten nordfranzösischen Kohlengruben zugelassen“ worden ist. Es scheint dem Verfasser W. M. unbekannt geblieben zu sein, daß nicht der Ertrag der Saarkohlengruben, sondern das „Schulden- und Lastenstreit“ Eigentum“ an diesen Gruben angeprochen worden ist, und daß dieses Eigentum von Deutschland auf Grund der durch den Völkerbund zu treffenden Entscheidung über die definitive Staatszugehörigkeit des Gebietes zurückzufallen ist. Die Voraussetzung des Völkerbundentscheides ist die Volksabstimmung und deren Ergebnis ist im voraus bekannt! Was soll also diese Fälschung, daß der Ertrag der Gruben Frankreich zugesprochen worden sei? Sie ist nur dazu bestimmt, auch in schweizerischen Kreisen Unklarheit und Verwirrung zu erzeugen und Deutschland als den Friedenserhöher hinzustellen, wenn es strikt am Versailler Vertrag hält und Frankreich seinerlei Konzessionen im Saargebiet einräumt, auf die es keine Ansprüche hat.

Der blühendste Unstimm gibt sich in folgendem fund: Das Saargebiet könne eventuell als „Land“ im Sinne der Reichsänder weiter bestehen. Dann aber würden Streitigkeiten entstehen. Denn abgesehen von Preußen, das bereits im Reiche die Führung hätte, würden die übrigen Länder „wenig Regierung“ verfügen, die Macht Preußens durch Gebietszuwachs und Wiedererteilung großer wirtschaftlicher Werte noch zu verstärken.“ Mit großer Empfahme konstatiert Herr W. M. die „politische Unreife“ jener, welche „die Verknüpfung der Saar und Rheinlandabstimmungsfrage“ aufgegriffen haben, eine Unreife, welche „in den jungen deutschen Republik gewisse politische Kreise“ noch beherrschte. Diesen Kreisen wird bestätigt, daß sie nicht „viel besser sind, als die Unfähigkeit der konservativen Diplomatie der wilhelminischen Ära“. Die Saarfrage wird weiterhin „weit mehr eine Wirtschafts- als eine politische Frage“, zu der sie nur Deutschland gemacht habe, bezeichnet. Der Verfasser scheint nicht zu wissen, daß Tardieu die Annexion des Saargebiets durch Frankreich im Jahre 1919 aus „moralischen und historischen Ansprüchen“ gefordert hat, doch also die politischen Gründe von Frankreich und nicht von dem bösen Deutschland in den Vordergrund geschoben wurden.

* Eine sechsköpfige Familie ermordet. Eine ganze Familie, bestehend aus Vater, Mutter und vier Kindern, wurde in Detroit (Vereinigte Staaten) an Mitternacht in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Sie sind mit einer Art erschlagen worden. Es handelt sich anscheinend um die Tat eines Wahnsinnigen. In der Stadt herrscht große Aufregung, besonders weil vor drei Wochen in einem Vorort eine Frau und ihre drei kleinen Kinder in ähnlicher Weise ermordet worden sind.

* Ein dreiflügeliges Fabrikgebäude eingeschürt. Die Russhäuser Kofferfabrik in Bennington, die unmittelbar an der Bahnstrecke Sangerhausen-Nordhausen liegt, wurde in der Nacht zum Donnerstag ein Raub der Flammen. Trotz der Tätigkeit von sieben Feuerwehren wurde das dreiflügelige Gebäude mit allem Inventar bis auf die Grundmauern vernichtet. Der Schaden ist beträchtlich, soll aber durch Versicherung gedeckt sein.

Kabinett Bünger vor dem Landtag

Die Regierungserklärung

Dresden, 4. Juli.

Um südlichen Landtag erhielt heute zunächst der kommunistische Abgeordnete Renner das Wort. Er verlangte, der Miethausantrag der Kommunisten solle auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gelegt werden. Präsident Wedel erwiderte, daß der Landtag selbst die Tagesordnung der heutigen Sitzung bereits festgelegt habe, der Miethausantrag komme also erst in der nächsten Sitzung verhandelt werden. Der Anteil Renner, den kommunistischen Miethausantrag auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung zu setzen, wurde mit 49 gegen 47 Stimmen abgelehnt. Neben Kommunisten und Sozialdemokraten stimmten auch Altkonservativen und Aufwarter für den Antrag.

Eine rege Heißdampfsonderdebatte über die Gültigkeit dieses Beschlusses schlief sich an.

Anschließend erhält Ministerpräsident Dr. Bünger das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung, in der er zum Schlusse heißt:

Die neue Regierung weiß, daß sie vor großen und schweren Aufgaben steht, die im Vorgefragten nicht erträglich aufgezeigt sein sollen. Sie weiß auch, daß die Wahrung dieser Aufgaben ohne taatkräftige Unterstützung der sozialen Elemente des Landtages nicht möglich sein wird und daß es ohnehin nicht leicht für sie ist, ihre Ziele ohne parlamentarische Bindungen zu erreichen. Sie glaubt aber, in der Zusammensetzung des Kabinetts eine Gewähr für positive Arbeit zum Wegen des Staates und des Volkes zu bieten. Sie wünscht von Ihnen, meine Damen und Herren, nichts anderes, als ohne Voreingenommenheit nach ihrer hoch-

lohen Arbeit bewilligt zu werden und muß es dem Landtag überlassen, ob er ihr auf dem Wege folgen will, den sie in der besten Überzeugung zu gehen gedenkt, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen.

Bereits gestern ist ein Antrag Renner und Genossen (Kommu.) eingegangen: „Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung besteht nicht das Vertrauen des Landtags.“ — Für diesen Antrag werden Kommunisten und Sozialdemokraten, außerdem aber wahrscheinlich die Mitglieder der Aufwertungspartei stimmen. Damit würden 48 Stimmen gegen die Regierung, und es wäre nur noch eins Stimme mehr zur Annahme des Miethausvolums nötig. Die Entscheidung läge in diesem Falle bei den Altkonservativen.

Nationalsozialisten und Regierungsbildung

Dresden, 4. Juli.

In einer nationalsozialistischen Versammlung, die am Mittwochabend in Dresden stattfand, verteidigte sich u. a. der Führer der Nationalsozialistischen Landtagsfraktion v. Büllinger über die Stellung der Nationalsozialisten zur Wahl des Ministerpräsidenten und bemerkte: „An der Begehung eines Ministerpostens sei der Partei nichts gelegen gewesen, während sie aber zur Stellung eines Ministers aufgerufen worden, so hätten sie als Innenminister den Reichsabgeordneten Oberstaatsmann Dr. Arich vorgeschlagen. Eine Große Koalition wünschten die Nationalsozialisten nicht und hätten sie gegenwärtig verhindert, obgleich sie ihnen eine bessere Kampfgrundlage bieten würde, als die gegenwärtige Regierung zusammensetzung. Für den Fall einer Landtagsschlüssung würden Hitler Sachsen zu einem Großkampfgebiete machen.“

Das Gesetz ist von allen die soziale Wohlfahrt herzlich liebt, mit außer Acht zu lassen ist in einer Welt darüber ganz gewiß notwendig ist in einer Kapitalistenschaft und Konkurrenzschwäche anderer Ländern den.

Es hat sich in Indien den gewölkten Himmel geradestellt, sondern geradestellt einen ruhigen, die Reichsführer von Bartholomäus, deren und bedroht damit kann es ruhig in höheren Lagen sein. Es ist dazu verhältnislosen Untersturz, es belastet endlich die Schwierigkeiten zum Teil zur Versicherung bei der für die mühelose Welt.

Das Gesetz, das hatte, ist durch diese Art zu einem Problem geworden.

Die in schweres empfindet die mächtigste Partei. Schon im leidenden landwirtschaftlichen Brüderjahr 1929, Bauernarbeiter — und gejogten ungeliebten nicht mehr aufzuhalten geben davon in ung. B. der Bericht 20. Januar: prüfung für der wie vorauszusehenden Arbeitslosenversicherung — eine geringe Mindestförderung bei der Beurteilung ist öffentliche Verlustmothe noch eingeschränkt, mehrenden lagen. Abnahme der Jahre.

Aufzulösen großes Befreiung der Bauern Arbeitslosenunterstützung ansteht schätz. Je 100 Millionen Pfund (50 Prozent), während immer begründet wird Winterarbeitslosenfrage auch noch die höchste bezieht, da solche in den letzten drei Monaten die Silvone für wirtschaftliche Tiere zumeist niedrigsten Richtung? Man machen — die Unbefriedigung Befreiung ist, um den Transport der Waren durch London überflüssig machen. Die Regierung lädt, wie Thomas weiter ausführte, vor den Betrag von 2½ Millionen Pfund für ein fünfjähriges Programm zum Ausbau der Straßen einer Dordogne und von 25 Millionen Pfund für ein sechsjähriges Programm zum Ausbau der Straßen zweiter Ordnung bereitzustellen.

So kommt es, daß immer bedrohlicher ein großes Ziel aller industriellen Menschenflucht geradestellt wird. Das Versicherung und zum Stempeln der moralischen Ver-

Ungarns Westorientierung

Konflikt Budapest—Prag

Budapest, 3. Juli.

„U. S.“ veröffentlicht eine Unterredung seines gegenwärtig in London weilenden Chefredakteurs Andor Miklos mit Lord Rothermere, der dieselbe u. a. erklärte: „Ich halte es für eine schlechte Politik, ich halte es für einen großen Fehler, daß sich die ungarische Politik zu der Richtung der Weltpolitik in Gegensatz stellt. Diese Erwiderungen machen es den ausländischen Freunden Ungarns zur Pflicht, die Wahrheitlichkeit Ungarns auf die Umstände zu lenken, die es erfordern, daß Ungarns Wünsche eine entsprechend warme Unterstützung erhalten. Nicht nur die Führer der gegenwärtig am Ruder befindlichen Arbeiterpartei, wie Macdonald, sondern auch liberale und konservative Freunde Ungarns haben sich für eine Revision des Vertrages von Trianon ausgesprochen, jedoch gleichzeitig erklärt, es sei eines der größten Hindernisse dieser Revision, daß Ungarn sich so stark hinter dem Feudalismus verschiele. Einer der größten Fehler des ungarischen Volkes ist es, daß es nicht genügend Sinn für die Realitäten der Politik, insbesondere der Außenpolitik besitzt, es läuft sich mehr von Schlagworten, als von gefundem Menschenverstand leiten. Jeder patriotisch denkende, Verantwortungsgesetz bestehende Ungar müßte sich über den Weg klar sein, den allein die ungarische Politik gehen darf, und der allein in der Gewinnung des Wohlwollens und der Hilfe der befreundeten westlichen Demokratien bestehen kann.“ *

Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo der englische Pressedienst weniger kritisch über Ungarn gesprochen hat und die ungarische Zukunft nicht im Bunde mit den westlichen Demokratien, sondern mit dem revisionistischen Mächten, vor allem Italien, garantiert sah. Rothermeres Gespräch mit Mussolini über die Reformbedürftigkeit der Friedensvereinigungen war geradezu epochenmachend für die ungarische Außenpolitik. Nun ist aber gegen Ende des vergangenen Jahres eine starke Niederschlagung Rothermeres gegen Ungarn eingetreten, nachdem er sich unzweifelhaft davon überzeugt hatte, daß auch die freien Königswähler nicht an die Kreierung eines Ausländer zum König von Ungarn denken. Rothermeres freundliche Ratshilfe werden kaum dazu beitragen, in Ungarn, das trotz der Hilfe des Grafen Bethlen nach Paris nach wie vor im italienischen Fahrwasser schwimmt, neue Sympathien für den englischen Lord zu erwecken.

Prag, 4. Juli.

Das tschechoslowakische Pressebüro teilt mit: Der tschechoslowakische Behörde in Budapest Waller hat auf Anordnung der tschechoslowakischen Regierung vorgestern, wie schon angekündigt wurde, beim ungarischen Außenminister Balázs gegen die Verbefreiung des tschechischen Eisenbahnbauamtes Pečas in Hradec-Krallett durch die ungarische Behörde protestiert und Auflösung verlangt. Minister Waller erklärte, daß Vorgehen der ungarischen Behörden nicht gegen die Spionageaktivität Pečas, den die ungarischen Behörden längere Zeit beobachtet hätten. Diese Antwort kann nicht als befriedigend angesehen werden, da die Art und Weise der Verhaftung, auch wenn der Grund für die Verhaftung richtig war, dem zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn abgeschlossenen Eisenbahnbündnis widerspricht.

Wie das Abendblatt des „Csilla Slova“ von unterrichteter Seite erlaubt haben will, wird die Tschechoslowakei darauf dringen, daß Pečas freigelassen und über die tschechoslowakische Grenze geleitet werde. Den Ungarn soll hierfür bis Freitag mittags um 12 Uhr freigegeben werden. Sollte Ungarn der tschechoslowakischen Forderung nicht Folge leisten, so möge die Tschechoslowakei den ganzen Eisenbahnbauamt mit Ungarn einstellen und weitere Schritte in Erwägung ziehen. — Im übrigen verlautet, daß Ungarn seinerseits auch auf den übrigen Straßen den Verlust einzufordern werte, wenn die Tschechoslowakei die Straße über Hradec-Krallett wieder unzulässig wieder in Betrieb nehme.

Englands Innenpolitik

Der erste Konflikt zwischen Regierung und Opposition.

London, 4. Juli.

Im Unterhaus kam es gestern zum ersten Konflikt zwischen der neuen Regierung und der Opposition, da sowohl Baldwin wie Lloyd George einen von Macdonald eingeführten Antrag bestimmt, der darauf hinausging, daß bis Weihnachten die Zeit des Parlaments ausgeschließlich für die Vorlagen der Regierung vorbehalten bleibt unter Ausschaltung aller von Mitgliedern des Hauses eingeführten Vorlagen. Der Antrag wurde daraufhin vor Abstimmung zurückgezogen und soll später in geänderter Form erneut vorgetragen werden.

Thomas sprach dann im Namen der Regierung ausführlich über die im geplanten Rahmenabkommen zur Beauftragung der Arbeitslosigkeit. Er erklärte u. a., es sei erforderlich, alle Maßnahmen ausführlich zu machen, die dazu führen können, daß an Stelle von eingeführten Auslandsmärkten britische Erzeugnisse zum Verbrauch gelangen. Den Eisenbahngesellschaften sei eine Reihe von Plänen zur Begrenzung unterbreitet worden, die die Einführung der verschiedenen Linien, den Ausbau des unterirdischen Netzes, die Verbesserung der Anliegenstellungen in den Häfen und schließlich eine Güterlinie für Güterverkehr postuliert, die den Transport der Waren durch London überflüssig machen. Die Regierung lädt, wie Thomas weiter ausführte, vor den Betrag von 2½ Millionen Pfund für ein fünfjähriges Programm zum Ausbau der Straßen einer Dordogne und von 25 Millionen Pfund für ein sechsjähriges Programm zum Ausbau der Straßen zweiter Ordnung bereitzustellen.

Im Unterhaus kündigte Churchill einen konservativen Abänderungsantrag zur Arbeitslosenversicherung auf die Thronrede an, der sich mit der Frage der Einflussnahme zum Schuh der Industrie und mit der auf die Einflussnahme ausübenden Automobilfirma einstimmig bezeichnete. Er erklärte, daß die Regierung bald Rabatte über ihre Abgaben beziehend der Beschaffung zum Schuh der Industrie und mit der letzten drei Monaten die Silvone für wirtschaftliche Tiere zumeist niedrigsten Richtung? Man machen — die Unbefriedigung Befreiung ist, um den Transport der Waren durch London überflüssig machen. Die Regierung lädt, wie Thomas weiter ausführte, vor den Betrag von 2½ Millionen Pfund für ein fünfjähriges Programm zum Ausbau der Straßen einer Dordogne und von 25 Millionen Pfund für ein sechsjähriges Programm zum Ausbau der Straßen zweiter Ordnung bereitzustellen.

So kommt es, daß immer bedrohlicher ein großes Ziel aller industriellen Menschenflucht geradestellt wird. Das Versicherung und zum Stempeln der moralischen Ver-

Jagd

Nashörner waren außerordentlich häufig dergestalt ein Tierschutz zu fordern. Die plumpen Nashörner als der gelben Steppe einer längst vergangenen

Ich war bei der Jagd begünstigt und fahrt entgangen, auf es doch einem, mich diesbezüglich zu fordern.

Die Wanderschäden bei Bamberg. Bei dem in der Nacht zum Donnerstag niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in Bierfeld bei Bamberg in eine Scheune und zündete. Das Feuer griff sofort auf zwei weitere Scheunen über, die erst im vergangenen Jahr erbaut worden sind und scherte auch diese völlig ein. Die Gefahr einer weiteren Ausbreitung des Feuers sehr groß, da eine ganze Anzahl von Scheunen zusammengebaut sind.

* Der Flug Cöslags-Berlin im Auftrag der „Cöslago Triplane“ ist am Mittwoch begonnen worden. Er soll in fünf Tagen abgeschlossen sein. Das Flugzeug „Unternehmer“, das den Flug ausführt, hat Wissenschaftler und Piloten dabei.

Wetterbericht der Dresdner Wetterwarde

Wetterausichten. Regung zu Gewittern und vorübergehenden gewitterartigen Regensäulen. Im übrigen teils schwach bedroht, zunächst noch sommerliche Wärme, nach Gewittern etwas niedrigere Temperatur. Im Hochland vorwiegend schwache östliche bis südöstliche Winde, Gebirge später etwas lebhaftere, südliche bis westliche Winde.

So kam es, daß der Führer der Wissenschaften besonders